

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

**Bezugs-Gebühr** vom 1. bis 31. Juli 1927 der täglich zweimaligen Auslieferung frei Haus 1.50 RM. Verlagspreis für Monat Juli 3 Mark ohne Postgebühren.

**Anzeigen-Preise:** Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 35 Pfg. für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg. auswärts 20 Pfg. bis 90 mm breite Reklametexte 20 Pfg. außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Ass. Aufsätze gegen Vorbestellung.

Druckanschrift: Nachrichten Dresden  
 Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241  
 Nur für Nachtbefehle: 20 011

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
 Marienstraße 34 42  
 Druck u. Verlag von Ulrich & Reichardt in Dresden  
 Vollsied-Kont. 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) möglich. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Wien nach Abbruch des Streits.

Gegenfällige Kommentare der Berliner und Wiener sozialistischen Presse zur neuen Lage.

Keine Veröffentlichung des Notenwechsels mit Brüssel. — Das erste Plauener Urteil bestätigt.

### Wien beschönigt, Berlin übt Kritik.

Berlin, 19. Juli. Der Streikabbruch in Österreich wird in einer Extraausgabe der „Wiener Arbeiterzeitung“ damit begründet, daß der technische Streik, über dessen äußerst tiefwirkende Folgen für das gesamte Wirtschaftsleben sich die leitenden Körperschaften der Arbeiterbewegung durchaus im Klaren sind, seine Wirkung getan habe. Die Gefahr einer Ausnützung des blutigen Dramas vom Freitag und Sonnabend im Interesse der Reaktion sei schon abgewendet. Dies haben die Proteste und der technische Streik erreicht. Er habe die Stärke der Arbeiterklasse gezeigt. Nicht geschwächt gehe die Arbeiterklasse aus diesem Kampfe hervor, den sie aus Rücksicht auf das Gesamtwohl und auf die Erhaltung ihrer Kampfkraft abbroche.

Die deutschen Sozialdemokraten sind offenbar anderer Ansicht. Der „Vorwärts“ schreibt: Der erste Eindruck des Streikabbruchs ist natürlich für die Arbeiterschaft und die mit ihr Sympathisierenden nicht erhebend, zumal der Bundeskanzler, wie es scheint, irgendwelche Erklärungen, die geeignet waren, die Besorgnisse vor einer Ausnützung der blutigen Ereignisse auf reaktionären Zwecken zu zerstreuen, nicht gegeben hat. — Aus einer Wiener Korrespondenz des „Vorwärts“ geht übrigens hervor, daß es wirklich nicht die Rücksicht auf „das Gesamtwohl“ war, die zum Streikabbruch führte, sondern die

#### Kampf vor den Heimatwehren.

die aus den gegen die Arbeiterschaft verübten Bauernburschen besteht, deren Einmarsch in die Provinzstädte die schlimmsten Folgen haben und den Bürgerkrieg entfesseln könnte.

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu: Man darf nicht vergessen, daß diese Heimatwehren daselbst sind, wie bei uns der Stahlhelm, und daß ihr Einmarsch in die Provinzstädte, an Wien ist natürlich nicht zu denken (Warum nicht?) — die Arbeiter zur Abwehr geradezu aufreizen müßte. Das tatsächlich erfolgte Auftreten bewaffneter Heimatwehren in Tirol, wo sie mit der Landesregierung zusammenwirken und den Erfolg ihrer Terrors gegenüber den zahlenmäßig bedeutend schwächeren Arbeitern für sich haben, in Untersteiermark und in Kärnten, sowie auch im Salzburgerischen, signalisierte die Gefahr des Bürgerkrieges. — Der Unterschied war eben der, daß die Heimatwehren für Ordnung gesorgt haben, und es ist ihnen das gelungen, ohne daß es auch nur im entferntesten zu ähnlichen Vorkommnissen gekommen wäre wie in Wien.

In Wien scheint übrigens nicht nur das Militär, sondern auch die Polizei durchsucht gewesen zu sein, wenn auch bei weitem nicht in demselben Maße. Im „Vorwärts“ wird berichtet: Es sind nicht wenige Staatspolizisten, die nach dem Drama unleren Genossen verhaftet haben, daß sie selbst nicht auf ihre Mitbürger geschossen haben.

Der „Vorwärts“ ist übrigens auch der Ansicht, daß man den Abbruch des Streiks nicht ernstlich mißbilligen könne. Wir wollen nicht vergessen, sagt das Blatt, daß das starrköpfige Durchhalten bis zum äußersten Ende die englischen Bergarbeiter und die gesamte britische Arbeiterklasse dahin gebracht haben, daß sie heute zu größeren materiellen Anwendungen unfähig ist und sich sogar eine empfindliche Einschränkung der Gewerkschaftsrechte hat gefallen lassen müssen.

### Scharfe Sprache Roms gegen Seipel.

Rom, 19. Juli. In den Vorgängen in Wien schreibt der faschistische „Evere“, die christlich-soziale Regierung in Österreich sei unfähig, große Probleme zu lösen. Selbst wenn sie heute noch einmal Herrin der Situation bleibe, so werde Österreich in einem weiteren Jahr unter der Regierung Seipel entweder zum Anschlag oder zum Bolschewismus kommen. Die Großmächte, besonders Italien, müßten darauf bringen, daß solche bestialische Experimente einer christlich-sozialen Regierung am bestenfalls Punkte Europas aufhörten, Experimente, die nur einer krankhaften Mentalität einer gewissen vatikanischen Diplomatie entsprächen. Auch das „Giornale d'Italia“ macht die österreichische Regierung und die christlich-soziale Partei für die Vorgänge in Wien verantwortlich, die man allerdings nicht als Revolution, sondern nur als kommunistische Straßendemonstration bezeichnen könne. Doch bemerken die letzten Ereignisse, wie in gewissen Wiener politischen Kreisen die destruktiven Kräfte hätten wachsen können. Regierung und Christlich-Soziale sollten einmal darüber nachdenken, daß nur ein unabhängiges Österreich, das im Zentrum Europas ein ruhiges wirtschaftliches Leben führe, ein Element des europäischen Friedens sei.

### Landeshauptmann Seipel schuldig.

Die Großdeutsche Volkspartei zu dem Wiener Blutbad. (Durch Funkspruch.)  
 Wien, 19. Juli. Die Wiener Reichs-Nachr. melden: Die Abgeordneten und der Parteivorstand der Großdeutschen Volkspartei haben gestern in einer Vollversammlung zu den Wiener Ereignissen Stellung genommen. Der Parteivorstand spricht der Bundesregierung das volle Vertrauen aus und dankt der Sicherheitswache für ihre heidnenmütige Pflichterfüllung. Weiter heißt es: Die volle Verantwortung für die so viele Menschenopfer fordernden Ereignisse trifft ausschließlich jene politischen Kreise, die bisher eine hemmnislose Verheerung weiter Bevölkerungsschichten gegen die Regierung und ihre Organe betrieben haben. Sie trifft insbesondere den Bürgermeister von Wien als Landeshauptmann, der durch sein Versagen in entscheidender Stunde es verhindert hat, daß durch ein rechtzeitiges Einsetzen ausreichender Kräfte dem Blutbad vorgebeugt wurde. (W. T. B.)

### Der Kampf um die Seeherrschaft in Genf.

Von Korvettenkapitän a. D. v. Abendroth.  
 Seit Wochen tagt die Flottenabstimmungskonferenz der drei größten Seemächte Amerika, England und Japan in Genf. Die Öffentlichkeit erfährt nur einen Teil der Verhandlungen; denn nicht minder wichtig wie die öffentlichen Sitzungen sind die Besprechungen hinter verschlossenen Türen. Immerhin lassen die Programme der beteiligten Regierungen, ihre Ergänzungsvorschläge und die Einwendungen, die erhoben werden, den Schluß zu, daß die Besprechungen weniger dem allgemeinen Weltfrieden dienen, als vielmehr dem Machtstreben der beteiligten Staaten.

Die härteste Stellung in diesem Ringen hat Amerika, dessen Präsident die Konferenz einberufen hat. Die beteiligten Staaten sind dank ihrer Lage, dem Reichtum ihres Landes, das über alle Hilfsmittel verfügt, dank ihrer hochentwickelten Industrie und ihrer Bevölkerungszahl so gut wie unangreifbar. Gefährdet sind nur die Philippinen und einige andere Inselgruppen, deren Besitz für Amerika keine Lebensnotwendigkeit ist. Die Flotte ist für die Amerikaner ein Mittel der Küstenverteidigung und im übrigen ein Instrument ihrer Handelspolitik. Ganz anders ist die Lage für England und Japan. Das großbritannische Reich erstreckt sich über die ganze Erde, seine einzelnen Teile können nur durch die Aufrechterhaltung der Seeherrschaft miteinander in Verbindung bleiben, England selbst ist ohne die Einfuhr über See in wenigen Wochen dem Hunger preisgegeben. Japan muß sich ebenfalls die Zufuhr vom asiatischen Festland offen halten, die einzelnen Inseln, aus denen das japanische Reich besteht, können nur so lange verteidigt werden, als sie Verbindung miteinander haben.

Durch ihren Reichtum sind die Amerikaner in der Lage, sich der Größe und technischen Reifezeit nach die besten Schiffe zu leisten, hingegen sind ihnen in bezug auf das Personal Grenzen gesetzt, da bei den vielfachen Verbindlichkeitsverhältnissen die Anwerbung wirklich brauchbarer Leute in großer Zahl Schwierigkeiten macht. Dementsprechend ging der Vorschlag der Amerikaner dahin, das Stärkerhältnis der Großkampfschiffe von 5:5:3, wie es in Washington 1922 festgelegt war, auch auf die Kreuzer, Torpedoboote und U-Bootboote auszudehnen, die Gesamttonnenzahl für die Schiffsklassen festzulegen, aber nicht die Größe des einzelnen Schiffes und seiner Bewaffnung. Bestimmend für den amerikanischen Vorschlag war ferner, daß England sich durch die große Zahl seiner Kreuzer ein erhebliches Uebergewicht gesichert hat. Findet der Vorschlag Amerikas Annahme, so müssen entweder die Engländer die Zahl ihrer Kreuzer einschränken, oder Amerika kann auf Grund der „Abrüstungskonferenz“ neue Schiffe bauen. Einwände gegen die Bewilligung solcher Neubauten würden durch den Hinweis entkräftet, daß man in Wien seinen „guten Willen“ gezeigt habe, aber gegenüber dem Imperialismus der anderen nicht durchgedrungen sei. Diese Bemerkung verpricht bei der Einstellung des amerikanischen Volkes sehr starke Wirkung.

Die Vorschläge der Engländer zeigen, daß dieses Reich nicht mehr über unbegrenzte Geldmittel verfügt; England will die Altersgrenzen der Schiffe hinausschieben, die Größe der einzelnen Schiffe und ihrer Bewaffnung verringern. Bringt England mit seinem Vorschlag durch, so werden seine Rüstungsausgaben vermindert und wird die Ueberlegenheit der Amerikaner auf technischem Gebiet wenigstens teilweise ausgeglichen. Den Engländern scheint die Konstruktion schwerer Geschütze Schwierigkeiten zu bereiten, sie sind in den Jahren nach dem Kriege in der Vergrößerung der Kaliber nur adgernd gefolgt. England betonte während der Verhandlungen mit Recht, daß die Notwendigkeit, viele Seewege zu schützen, eine große Anzahl Schiffe erfordert, verschwiegen aber, daß diese Schiffe nicht nur zur Verteidigung, sondern auch zum Angriff auf den feindlichen Handel verwendet werden können.

Japan will für sich eine bessere Verhältniszahl für leichte Streitkräfte, und zwar 4 statt 3, erreichen. Es wünscht völlige Freiheit im Bau von Fahrzeugen unter 700 Tonnen, d. h. Booten, die zur Küstenverteidigung geeignet sind und deren Wert bei der Gestaltung der japanischen Küste nicht unterschätzt werden darf. Das Bestreben, ebenfalls den Bau von Flugzeugmuttertschiffen bis 10000 Tonnen von den einschränkenden Abmachungen auszunehmen, zeigt, welche Bedeutung Japan der Luftstrategie beilegt.

Bisher sind diese gegensätzlichen Meinungen nicht ausgeglichen worden. Und es müßte stark überraschen, daß es trotz der bisher sehr zurückhaltenden Politik der Japaner in Genf zu einer grundsätzlichen englisch-japanischen Einigung gekommen ist, durch die Amerika zunächst stillsteht und unter einem starken Druck gehandelt wird. Sollte diese Einigung bereits ein Ergebnis der Antänabingung sein, daß künftig weniger die militärischen Sachverständigen als vielmehr die Politiker sprechen sollten? Vielleicht deutet diese Nachricht darauf hin, daß man, um zu einer Einigung zu kommen, auch andere politische Nachfragen zum Ausgleich heranziehen wird. Ob und inwieweit die letzte englisch-japanische Einigung auch politische Auswirkungen haben wird, steht noch dahin. Man wird

## Der deutsch-belgische Notenwechsel bleibt geheim.

### Auf Wunsch der Brüsseler Regierung.

Brüssel, 19. Juli. Die neue Note, welche Belgien dem deutschen Gesandten in Brüssel in kürzester Frist ausshändigen wird, soll auf Wunsch der belgischen Regierung ebenso wie die bisher gewechselten Noten nicht veröffentlicht werden. Dieser Wunsch der belgischen Regierung wird aber durch die Haltung eines Teiles der belgischen Presse sehr erschwert. So behauptet der „Soir“, die Antwort, die in deutscher Sprache erfolgt sei, sei in einer Form abgefaßt, die wenig erfreulich sei. Es komme darin der deutsche Ton vor dem Kriege zum Ausdruck.

### Der neue Grenzvertrag mit Frankreich.

Verfallens greift am 1870 zurück.

Berlin, 19. Juli. Dem Reichstag ist vom Auswärtigen Amt der Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich über die Festsetzung der Grenze zur Verabschiedung zugegangen. Durch Art. 27 und 51 des Vertrags von Versailles ist infolge der Abtretung Elsass-Lothringens an Frankreich die deutsch-französische Grenze in der Weite festgelegt worden, daß die Grenze vom 28. Juni 1870 wieder herzustellen wird und die Bestimmungen der Verträge über die Grenzführung vor 1871 wieder in Kraft treten. Damit ist, wie in einer Denkschrift an den Reichstag, die dem neuen Vertrag Frankreich ausgeführt wird, eine Revision der zwischen Frankreich einerseits und Preußen, Bayern und Baden andererseits abgeschlossenen alten Grenzverträge notwendig geworden. Bei der Nachprüfung der Grenze, die von einer deutschen und einer französischen Kommission gemeinsam vorgenommen wurde, stellt sich die Notwendigkeit heraus, den ganzen Grenzverlauf neu zu vermessen und teilweise neu zu vermerken, neue Pläne anzufertigen, sowie einzelne Unklarheiten zu beseitigen, die über den Grenzverlauf bestanden. Die Arbeitsergebnisse der beiden Grenzkommissionen führten im Spät-

herbst 1925 in Paris zu Verhandlungen, die ihren Abschluß in dem neuen Grenzvertrage fanden, der an Stelle der Einzelverträge treten soll. Der neue Vertrag umfaßt 53 Artikel und regelt die Materie in sechs Tabellen.

### Militärischer Ungehorsam in Frankreich.

(Durch Funkspruch.)

Paris, 19. Juli. Laut „Journal“ weigerten sich gestern in Cherbourg etwa 100 aus Paris kommende Matrosen der Reserve, die für sie bestimmten Lastautomobile zu besteigen, und zogen unter dem Gesang der Internationalen und dem Rufe „Geht unseren Frauen Brot!“ durch die Stadt. Zwei die Matrosen begleitende, aus Paris kommende Eisenbahner wurden wegen Aufreizung von Militärpersonen festgenommen. Bei dem einen wurde ein Paket mit antimilitärischen Flugschriften beschlagnahmt. In Mois wurden, der „Humanité“ zufolge, 11 Soldaten festgenommen, weil sie am 14. Juli auf der Kaserne eine rote Fahne gehißt haben sollen. Derselben Blatte zufolge weigerten sich in einem Reservelager des 302. Artillerieregiments die Reservisten, einen Befehl des diensthabenden Offiziers auszuführen, worauf der Befehl zurückgenommen wurde. (W. T. B.)

### Ein Spionageprozeß in Paris.

Paris, 19. Juli. Vor einer hiesigen Strafkammer begann heute ein Prozeß gegen neun Kommunisten wegen Spionage. Zwei von ihnen, der Stadtrat Cremet von St. Ger und seine Sekretärin, sind flüchtig. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Angeklagten unter russischer Auftragsführung Dokumente entwendeten, die die französische Militärluftfahrt, die Bewaffnung und die neuen französischen Explosivstoffe betrafen. Auf vorgelegten Fragebogen waren über diese Dinge eingehende Berichte geliefert worden. Die Verhandlung findet wegen Gefährdung militärischer Fragen unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

mark  
 10  
 11  
 12  
 13  
 14  
 15  
 16  
 17  
 18  
 19  
 20  
 21  
 22  
 23  
 24  
 25  
 26  
 27  
 28  
 29  
 30  
 31  
 32  
 33  
 34  
 35  
 36  
 37  
 38  
 39  
 40  
 41  
 42  
 43  
 44  
 45  
 46  
 47  
 48  
 49  
 50  
 51  
 52  
 53  
 54  
 55  
 56  
 57  
 58  
 59  
 60  
 61  
 62  
 63  
 64  
 65  
 66  
 67  
 68  
 69  
 70  
 71  
 72  
 73  
 74  
 75  
 76  
 77  
 78  
 79  
 80  
 81  
 82  
 83  
 84  
 85  
 86  
 87  
 88  
 89  
 90  
 91  
 92  
 93  
 94  
 95  
 96  
 97  
 98  
 99  
 100